

## EZB beschließt Verlängerung des Ankaufprogramms für Anleihen

Die Ratsmitglieder der Europäischen Zentralbank (EZB) haben am Donnerstag entschieden, das bis März 2017 laufende milliardenschwere Ankaufprogramm für Staatsanleihen und andere Wertpapiere bis Dezember 2017 zu verlängern. Das Programm soll bis April 2017 einen monatlichen Umfang von 80 Milliarden Euro betragen und im Anschluss auf 60 Milliarden Euro reduziert werden. Zudem sei es möglich den Umfang jederzeit wieder zu erhöhen, wenn sich die Inflation wieder entgegengesetzt entwickle. Insgesamt kommen 540 Milliarden Euro zum Gesamtvolumen hinzu, diese beträgt nun schon 2,28 Billionen Euro. Der Hauptrefinanzierungssatz, mit dem sich Banken bei der EZB Geld besorgen können, bleibt bei null Prozent. Auch gibt es bei dem Einlagesatz keine Änderung, dieser bleibt bei -0,4 Prozent und Banken müssen somit weiterhin Strafzinsen zahlen, wenn sie ihr Geld bei der EZB einlagern wollen, berichtet die Frankfurter Allgemeine.

Ab dem 1. Januar ändert die EZB die Stellschrauben des Ankaufprogramms, so dass ab diesem Zeitpunkt auch Bonds mit einer Laufzeit von einem Jahr erworben werden können. Zuvor mussten die Bonds eine Laufzeit zwischen zwei und 30 Jahren aufweisen. Künftig seien auch Käufe von Anleihen mit einer Rendite unterhalb des Einlagezins erlaubt. Dieser Schritt sei nötig, da die Renditen vieler Bundesanleihen in den vergangenen Monaten so stark gesunken sind, dass Analysten schon vor Knappheitsproblemen gewarnt haben, so die Nachrichtenagentur Reuters.

Die FAZ berichtet weiterhin, dass mit dieser Entscheidung der EZB viele Ökonomen gerechnet haben. Nachdem Matteo Renzi das Verfassungsreferendum verloren hat, waren die letzten Zweifel der Ökonomen über den Kurs der EZB beseitigt. Zwar blieben die Turbulenzen auf den Finanzmärkten nach dem gescheiterten Referendum aus, doch gerade enorm stark verschuldete Staaten, wie Italien profitieren von den Anleihenkäufe, da diese die zu tragende Zinslast erträglich halten. Auch war die anhaltende niedrige Inflation (im November bei 0,6 Prozent) in der Euro-Zone ein starkes Indiz dafür, dass die EZB weiterhin eine Politik des „billigen Geldes“ betreiben wird.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

## Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:  
 05. Dezember bis 11. Dezember*

### Opec rechnet mit steigender Ölnachfrage

Montag, 05. Dezember – Nachdem vergangene Woche die Opec eine Verringerung der Ölförderungsmenge beschloss, teilte sie am Montag mit, trotz steigendem Ölpreis mit einer Erhöhung der Nachfrage zu rechnen. Demnach soll im kommenden Jahr die Ölnachfrage um insgesamt 1,2 Millionen Barrel am Tag wachsen. Besonders auf dem asiatischen Markt würde der Bedarf steigen, gerade in Indien rechne man bis 2040 von einem Anstieg von 4,1 Millionen Barrel auf über zehn Millionen Barrel am Tag. Auch die weltweite Nachfrage soll in dieser Zeitspanne um 17 Millionen Barrel Öl am Tag auf 110 Millionen Barrel Öl am Tag ansteigen, so das Handelsblatt in ihrer Onlineausgabe.

### US-Konjunktur

Dienstag, 06. Dezember – Das amerikanische Handelsministerium teilte am Dienstag mit, dass die Aufträge in der US-Industrie um 2,7 Prozent zum Vormonat gestiegen seien. Auch die Jahreshochrechnung des Bruttoinlandsprodukts ist im dritten Quartal um 3,2 Prozent gestiegen, der stärkste Zuwachs seit Sommer 2014. Weiterhin legte das Handelsministerium Zahlen zur Handelsbilanz im Oktober vor.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Lehrstuhl für Makroökonomik  
**MacroNews**  
49. Kalenderwoche

Mario Draghi begründet die Entscheidungen des EZB-Rats damit, dass nach Prognosen der EZB Volkswirte erst in drei Jahren wieder mit einer Inflation gerechnet werden kann, die dem Inflationsziel nahekommmt. Des Weiteren ist der EZB-Rat der Meinung, dass die Finanzmärkte beim Brexit, der US-Wahl und beim Italien-Referendum widerstandsfähiger waren als vermutet. Aber gerade die Auswirkung des Brexit und der US-Wahl würden keine kurzfristige Wirkung entfalten, sondern vielmehr eine mittel- bis langfristige, wie das Handelsblatt berichtet.

Die Reaktionen auf die Entscheidung der EZB waren vielfältig. Der Außenwirtschaftschef der deutschen Industrie und Handelskammer Volker Treier sagte, dass die Entscheidung in die falsche Richtung gehen würde. Der Reformeifer der europäischen Staaten habe zuletzt, trotz der lockeren Geldpolitik, stark nachgelassen. Auch würden die fehlenden Investitionen bei niedrigen Zinsen belegen, dass es kein Problem der Finanzierung sei, sondern vielmehr ein Problem wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Auf der anderen Seite kletterte der Dax auf ein Jahreshoch von 11.179 Punkten, da viele Anleger eine Verlängerung des „billigen Geldes“ zufrieden zur Kenntnis genommen haben. Auch Clemens Fuest, Ifo-Präsident, begrüßt die Entscheidung der EZB und sieht es als ein Schritt in die richtige Richtung. Nach Fuests Meinung wäre es jedoch besser gewesen, den Umfang Monat für Monat stärker zu reduzieren. Christoph Schmidt, der Vorsitzende des Rats der Wirtschaftsweisen, ist der Meinung, dass gerade jetzt der richtige Zeitpunkt sei, die EZB Käufe zu verringern, denn die expansive Geldpolitik könne gerade so eben Zeit für Reformen kaufen, berge aber über kurz oder lang große Risiken.

**Hintergrund | EZB**

[FAZ: Verlängerung der Anleihenkäufe](#)

Während die US-Exporte um 1,8 Prozent auf 186,4 Milliarden Dollar gefallen sind, stiegen die US-Importe um 1,3 Prozent auf 229 Milliarden Dollar. Darauf ergibt sich ein Außenhandelsdefizit von fast 43 Milliarden Dollar im Oktober, berichtet das Nachrichtenportal Reuters.

**Neue Prognose der Bundesbank**

Freitag, 09. Dezember - Bundesbankpräsident Jens Weidmann erläuterte am Freitag die halbjährlich erscheinende Konjunkturprognose. In diesem und im kommenden Jahr sei mit einem Wachstum der deutschen Wirtschaft von 1,8 Prozent zu rechnen. Bei der der letzten Prognose im Juni rechnete die Bundesbank noch mit einem Wachstum von 1,7 Prozent in diesem Jahr und 1,4 Prozent im kommenden Jahr. Weiterhin erwartet die Bundesbank eine erhebliche Erhöhung der Inflation, durch einen Anstieg der Energiepreise. Die Inflation soll im nächsten Jahr auf 1,4 Prozent steigen, in diesem Jahr soll sie bei 0,3 Prozent liegen.

**Zahl der Woche**

**4,9%**

mehr Bestellungen erhielten die deutsche Industrieunternehmen im Vergleich zum Vormonat. Ökonomen hatten nur mit einem Zuwachs von 0,6 Prozent gerechnet  
*Reuters*